

Entschließung

betreffend VN-Sicherheitsratskandidatur unter Einbindung des Parlaments

Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für europäische und internationale Angelegenheiten, wird aufgefordert, die Kandidatur für den nicht-ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen für die Amtszeit 2027/28 mit bestmöglicher Einbindung des österreichischen Parlaments zu bewerben und den Nationalrat, insbesondere den Außenpolitischen Ausschuss, regelmäßig über Schwerpunkte und den Fortgang der Kandidatur in Kenntnis zu setzen.